

ARGUMENTATIONSHILFE

Vermögensabgabe Corona

DIE LINKE.

THEMA

VERMÖGENSABGABE CORONA

Wer trägt die Kosten der Corona-Krise? Das ist eine zentrale Frage der nächsten Monate und Jahre und stellt die Weichen für die Zukunft. Während die Wirtschaftsleistung im Krisenjahr um 170 Milliarden Euro zurückgegangen ist, sind die 136 Vermögensmilliardäre in Deutschland im gleichen Zeitraum um 100 Milliarden Euro reicher geworden.

Läuft es so wie immer und werden die Kosten auf die Beschäftigten, Rentner*innen und die Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt? Oder werden endlich diejenigen herangezogen, die starke Schultern haben und zum Teil auch noch zu den Profiteuren der Krise gehören?

Wir wollen für die Bewältigung der Coronakrise eine Vermögensabgabe erheben. Sie soll für Nettovermögen (also ohne Schulden) über 2 Millionen Euro erhoben werden. Für Betriebsvermögen ist der Freibetrag 5 Millionen Euro. Die Vermögensabgabe ist progressiv von 10 bis 30 Prozent gestaffelt und kann über zwanzig Jahre in Raten gezahlt werden. Die jährliche Belastung des Nettovermögens beträgt zwischen 0,1 und 1,5 Prozent – eine moderate Belastung angesichts der Krise. Die geschätzten Einnahmen liegen bei 310 Milliarden Euro über zwanzig Jahre.

Was sagen die anderen?

Keine der anderen Parteien fordert eine solche explizite Beteiligung der Reichen an den Kosten der Krise. Während **SPD** und **Grüne** von einer solidarischen Bewältigung der Krise schwadronieren, ohne anzugeben, von wem die gigantischen Kosten getragen werden sollen, hüllen sich **CDU/CSU**, **AfD** und **FDP** in beredtes Schweigen. Längst liegen die Pläne für Sozialabbau und massive Einschnitte in den Schubladen der Konzerne und Lobbyverbände. Nach der Wahl, so steht zu befürchten, werden sie auch von einigen Parteien aufgegriffen.

LINKE Gegenargumente

Es kann im Wahlkampf kein Herumdrücken vor klaren Antworten gebe: Wer zahlt für die Krise? Diese Frage steht auf der Tagesordnung und allein DIE LINKE gibt hier eine eindeutige Antwort. Während die Kapitalseite schon Stichworte wie Rente mit 68 oder später sowie die Kürzung von Urlaubstagen in die Debatte wirft, sagt DIE LINKE ganz klar: die Reichen müssen zahlen, denn Solidarität heißt, die Starken stärker zu belasten. Wir wollen im Wahlkampf den Streit um diese Frage führen, denn wer sich heute nicht dazu äußert, wird morgen eben die stärker belasten, die nicht reich sind.